Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,00 R.-M.
Postbezug für den Monat 2,00 R.-M. einschließlich 0,48 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 R.-M.
Einzelnummer 15 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 20 R.-Pf.

Anzeigen: ... 0,35 R.-M., die Reklamezeile 2 R.-M., für ... Die Briefgebühr ... erhaltung an be... zusammen werden.

Redaktion, Verl... Dresden-A., Ferdinandstr. 1 • Postadresse: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981—27983 • Telegr.: Neueste Dresden
Postscheck: Dresden 2... ...gen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 85 — Sonntag, 9. April 1933 — 41. Jahrgang

Heute neue Preisfrage: Wer kennt die Heimat?

Der Umbau des Deutschen Reiches

Beträchtlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit — Die amerikanisch-deutschen Besprechungen in Berlin

Morgendämmerung

Das Reichskabinett hat gestern ein zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich verabschiedet. In allen deutschen Ländern werden Reichsstatthalter eingesetzt, die auf Vorschlag des Reichskanzlers vom Reichspräsidenten ernannt werden. Die Reichsstatthalter wieder ernennen und entlassen die Ministerpräsidenten der Landesregierungen. Sie sind weiter befugt, die Landtage aufzulösen und Neuwahlen anzuordnen. Für Preußen übernimmt der Reichskanzler selbst das Amt des Statthalters und bestellt für sich einen Stellvertreter.

Die neue Verordnung ist der bisher kühnste revolutionäre Akt der neuen Regierung. Aus dem gestrigen Beschluß des Reichskabinetts ersieht man, daß die nationale Revolution noch nicht zum Stillstand gekommen, sondern weitergeführt wird. Das neue Gesetz bringt eine völlige Umgestaltung im Aufbau des Deutschen Reichs. Es setzt einen Schlußpunkt hinter eine Entwicklung, die fast ein Jahrtausend angedauert hat. Wir sind in Deutschland viele hundert Jahre hindurch in staatsrechtlicher Beziehung auf der Stelle getreten. Jetzt endlich beginnt ein neuer Vormarsch.

Seit den Tagen, da das frühmittelalterliche deutsche Königstum erlahmte, weil seine Träger ihre Kräfte in den Kämpfen zwischen Kaiserwürde und Papsttum zersplitterten, waren in Deutschland die föderalistischen Gewalten immer mehr erstarkt. Das territoriale Kleinfürstentum schlug die deutsche Königsidee tot, und das Ende war die Entwicklung eines engherzigen und spießerischen Partikularismus, der vom Ausland geflissentlich gefördert wurde und seinen Höhepunkt nach dem westfälischen Frieden des Jahres 1648 erreichte, als Deutschland nur noch ein geographischer Begriff war.

Das 19. Jahrhundert brachte die Anfänge des Gegenstoßes. Aber auch das Werk Bismarcks konnte die Macht der Einzelstaaten noch nicht brechen. Die Novembertage des Jahres 1918 vertrieben zwar die Dynastien, aber sie setzten an ihre Stelle einfach die Träger der neuen Gewalten, und in den seitdem verflossenen 14 Jahren wuchsen die föderalistischen und partikularistischen Kräfte so stark an, daß verschiedentlich der Bestand des Reiches bedroht war und der Separatismus sein Haupt erhob.

Diese Gefahr wurde in einsichtigen Kreisen auch ganz gut erkannt. Aber von der Erkenntnis zur Tat führte keine Brücke. Es wurde unendlich viel Papier beschrieben, aber auch nicht die kleinste und bescheidenste Tat getan. In echt deutscher Weise stritt man sich beinahe 15 Jahre lang zunächst einmal über Begriffe, und die Gelehrten führten einen erbitterten Federkrieg über Unitarismus und Föderalismus oder „differenzierte Endlösung" und wie die Dinge noch alle hießen. Das Volk aber stand verständnislos draußen. Nach endlosem Gerede trat im Jahre 1928 die erste Länderkonferenz zusammen. „Schon" im Oktober wurden Unterausschüsse eingesetzt, die im Frühjahr 1929 Vorschläge einreichten. Seit dieser Zeit debattiert man über diese Vorschläge, deren Verwirklichung von den Ländergewalten sorgfältig sabotiert wurde.

Das ist jetzt alles Makulatur, verschwindet im großen Papierkorb der Weltgeschichte. Zum erstenmal seit vielen Jahrhunderten ist die deutsche Reichsgewalt wieder so stark, daß sie sich auch in den Ländern durchsetzt und die Möglichkeit einer ganz straffen nationalen Konzentration aller fruchtbaren Kräfte des deutschen Volkes und seiner verschiedenen Stämme schafft.

Die neue Verordnung will das Eigenleben der deutschen Länder nicht antasten. Das geht schon daraus hervor, daß die Statthalter des Reiches den Ländern entnommen werden sollen, in denen sie die Reichsgewalt ausüben. Sicher werden auch die Ministerpräsidenten und die einzelnen Ressortminister, die von den Statthaltern ernannt werden, Angehörige ihrer Länder sein müssen. Was den Ländern genommen wird, konnten sie sowieso nicht gebrauchen: nämlich die überflüssige und im Ausland so viel belächelte wichtigmacherische Parlamentsspielerei. Die Aufgaben der Länder liegen vor allem — wie oft ist das an dieser Stelle ausgeführt worden! — auf dem Gebiete der Verwaltung. Ihre Regierungen haben vor allem die Pflicht, für geordnete Verhältnisse zu sorgen, in denen die einzelnen Stände der Wirtschaft ihrer Tätigkeit nachgehen können, und das kulturelle Leben zu pflegen. Das sind zum allergrößten Teile Fragen, die sich keinesfalls durch parlamentarische Mehrheitsabstimmungen lösen lassen.

So beginnt mit diesem Gesetz ein neuer Abschnitt deutscher Geschichte. Es ist Morgenstimmung in Deutschland. Die Umrisse des neuen Reiches zeichnen sich im frühen Sonnenlicht immer schärfer vom Horizont ab. Ein neuer Tag dämmert herauf.

Th. Sch.

Baldige Ernennung der Statthalter

B. Berlin, 8. April. (Eigener Drahtbericht)

Das Gleichschaltungsgesetz ist, nachdem das Kabinett es gestern verabschiedet hatte, auch mit dem gestrigen 7. April verkündet worden und damit in Kraft getreten. Wie angekündigt, wird der Reichspräsident, da der Zwischenzustand in Preußen jetzt sein Ende erreicht hat, die Notverordnungen, die zur Entsetzung der Regierung Braun und der Bestellung von Reichskommissaren geführt haben, wieder aufheben. Die Ernennung der Statthalter für die Länder wird in den nächsten Tagen erfolgen. Vielfach dürften die bisherigen kommissarischen Ministerpräsidenten das neue Amt übertragen erhalten. U. a. ist, wie uns erklärt wird, die Ernennung des Generals v. Epp zum Statthalter des Reiches in Bayern kaum noch zweifelhaft.

Die Regelung in Preußen, wo die Statthalterschaft durch das Gesetz selbst an den Reichskanzler Hitler übergegangen ist, wird wahrscheinlich noch im Laufe des Tages erfolgen. Man nimmt an, daß aller Voraussicht nach Reichsminister Goering, der als kommissarischer preußischer Innenminister schon jetzt die ausschlaggebende politische Gewalt im preußischen Staat innehat, zum Ministerpräsidenten ernannt wird.

Das Kabinett wird nach den augenblicklichen Dispositionen vor den Osterferien nicht mehr zusammentreten. Die Durchführung der in den letzten Tagen beschlossenen Gesetze bringt den einzelnen Ressorts eine Fülle von Arbeit. Die grundlegende Neuformung des staatlichen Aufbaues, für den das Gleichschaltungsgesetz die Möglichkeit geschaffen hat, harrt seiner praktischen Verwirklichung. Die Reorganisation des Beamtenkörpers in Reich und Ländern auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums soll nun erfolgen. Das sind große und umfassende Aufgaben, die fürs erste die Kräfte von Kanzler und Regierung vollauf in Anspruch nehmen werden. Ueber die Feiertage werden, wie wir hören, die Kabinettsmitglieder von den letzten überaus arbeitsreichen Wochen in einem kurzen Erholungsurlaub Entspannung suchen.

Um Deutschland herum!

Von Staatssekretär z. D. Frhr. v. Rheinbaben

Dem Besuch des amerikanischen Botschafters Norman Davis, der am heutigen Sonnabend in Berlin eintraf, kommt zweifellos eine wichtige außenpolitische Bedeutung zu. Herr Davis kam mit neuen Weisungen des amerikanischen Präsidenten auf dem Wege über London und Paris zu uns. Während des ganzen Jahres 1932 war er der führende amerikanische Delegierte auf der Abrüstungskonferenz in Genf, daneben hat er den wirtschaftlichen und finanziellen Problemen stets seine besondere Aufmerksamkeit gewidmet und eine Mittlerrolle darin übernommen. Im Dezember v. J. hat er vor seiner Rückreise nach Washington öffentlich erklärt, es sei das Beste, angesichts aller Schwierigkeiten die Abrüstungskonferenz möglichst bald, wenn auch mit oberflächlichen Ergebnissen, abzuschließen, und dabei Deutschland auf seine Gleichberechtigungsforderung eine gewisse „Abschlagsleistung" zu gewähren.

Nun hat er in seiner neuen Mission anscheinlich sich zum Ziel gesteckt, auf ähnlicher Grundlage eine Ueberbrückung der großen Gegensätze, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich, zu versuchen. Daneben wirkt er in der Richtung einer Sachverständigen-Vorbesprechung für die im Frühsommer zusammentretende Weltwirtschaftskonferenz. Beiden Aufgaben liegt eine weitreichende Aktion des Präsidenten Roosevelt zugrunde, und wieder einmal westwärts über den Atlantik geht die Reise europäischer Staatsmänner. Wenn in der umgekehrten Richtung Herr Davis also jetzt nach Berlin kam, so wird er gewiß den Leitern der deutschen Politik manches Interessante berichtet, ebenso aber sich selbst mit Vorteil über die gegenüber Paris und London in mancher Hinsicht recht verschiedene deutsche Auffassung informiert haben. Hiervon abgesehen aber registriert dieser hochpolitische Besuch die Tatsache, daß bis zu dieser endlichen direkten Berührung Deutschlands mit der Großen Politik in den letzten Wochen wieder einmal ein groß angelegter Versuch der französischen und englischen Politik gemacht worden ist, ohne gleichberechtigte Zusammenarbeit mit Deutschland und ohne seine sofortige Zuziehung in den ausgeleierten Gleisen der bisherigen Nachkriegspolitik Tendenzen zu formulieren und Wege einzuschlagen, denen sich Deutschland energisch widersetzen muß!

•

Wie ging es an? Vor drei Wochen begründete Macdonald seinen Abrüstungsplan in Genf, fuhr nach Rom und lud den französischen Ministerpräsidenten gemeinsam mit Mussolini ein, sich ebenfalls dorthin zu begeben. Daladier sagte ab und blieb zunächst in der sicheren Hinterhand. In Rom legte Mussolini einen großzügigen Plan der Zusammenarbeit zwischen den vier westeuropäischen Mächten vor, der sowohl Vorschläge in bezug auf Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage wie die Anregung zu einem Bekenntnis für die Notwendigkeit der Revision der Friedensverträge mit friedlichen Mitteln enthielt. Die englische Politik setzte sofort einige abschwächende Aenderungen durch, nahm jedoch den italienischen Vorschlag grundsätzlich an.

Macdonald und der englische Außenminister fuhren weiter nach Paris. Dort begann ein energischer französischer Widerstand. Die Folge war eine vorsichtige Rede Macdonalds im englischen Unterhaus und wenig später die Vorlage weiterer englischen Abänderungsvorschläge in Paris, die so weit gingen, den Revisionsgedanken des italienischen Planes fast in sein Gegenteil zu verkehren. Parallel hierzu ging die englische Politik ohne vorherige Beratung mit Deutschland hinter ihre These vom Sommer 1932 und vom November-Dezember 1932 hinsichtlich der praktischen Anwendung der deutschen Gleichberechtigung zurück. Soweit über diese bedauerliche Tatsache Nachrichten vorliegen, zeigen sie deutlich, daß erneut Rücksichten der Weltpolitik eine erste aufflammende englische Einsicht und englisches Verständnis für Lebensforderungen Deutschlands zu ersticken drohen. Gleichzeitig hat die außenpolitische Debatte in der französischen Kammer und insbesondere die Reden des Ministerpräsidenten Daladier und des Außenministers Paul-Boncour vor jeder Evolution der europäischen Politik sowohl hinsichtlich der Revision wie der Abrüstung vorläufig unüberwindliche Hemmungen aufgerichtet. Das ist in kurzen Worten die ernste Entwicklung der letzten Wochen. Was folgt daraus für Deutschland?

•

Es soll und kann hier nicht davon gesprochen werden, was die amtliche deutsche Außenpolitik auf dem ihr zur Verfügung stehenden Apparat an selbstverständlicher Gegenwirkung getan hat und weiter tun

Norman Davis in Berlin

× Berlin, 8. April. (Durch Funkspruch)

Norman Davis, der Vertrauensmann des amerikanischen Präsidenten Roosevelt, ist zu wichtigen politischen Besprechungen heute vormittag 6.30 Uhr in Berlin eingetroffen.

•

Dem Besuch des Vertrauensmannes des neuen amerikanischen Präsidenten Roosevelt kommt natürlich größte Bedeutung zu. Am Tage vor seiner Ankunft in Berlin wurde bekannt, daß Roosevelt über die speziellen englisch-amerikanischen Verhandlungen hinaus (Macdonald reist bekanntlich am Ostersonnabend nach Amerika) auch in Besprechungen mit den übrigen europäischen Großmächten eintreten will und sie zu einer Art Vorkonferenz, auf der die Fragen der Weltwirtschaftskonferenz besprochen werden sollen, nach Washington eingeladen hat.

Norman Davis ist 1878 im Staate Tennessee geboren, hat stets der Demokratischen Partei angehört und war von Beruf ursprünglich Bankier. Im Jahre 1917 wurde er von Wilson ins amerikanische Schatzamt berufen. Er hat dann der Waffenstillstandskommission als Mitglied angehört und war auch Mitglied der Sonderkommission für Reparationen und Finanzfragen der Pariser Friedenskonferenz. Im Jahre 1920 wurde er Unterstaatssekretär im amerikanischen Auswärtigen Amt. Er ist dann mit Wilson abgegangen und hat sich ins Privatleben zurückgezogen. 1924 war er Präsident des Memelausschusses, nahm im Jahre 1927 an der ersten Weltwirtschaftskonferenz in Genf teil und wurde im Februar 1932 neben Gibson als Vertreter der Demokraten Delegierter der Abrüstungskonferenz. Zur Zeit reist er als „Botschafter ohne Posten" durch Europa.

Unter den Fragen, die er in Berlin zur Sprache bringen will, steht natürlich die Weltwirtschaftskonferenz im Vordergrund. Der Reichskanzler hat, wie bekannt, die Bereitwilligkeit der Reichsregierung zu positiver Mitarbeit bekundet und schon im Reichstag erklärt, daß das wichtigste Problem die privaten kurzfristigen und langfristigen Schulden sind. Die völlige Veränderung des Verhältnisses der Warenwerte erfordert eine Anpassung der privaten Schulden, und zwar im Interesse der Gläubiger und der Schuldner. Vor einer Lösung dieser Frage ist eine Aufhebung oder Lockerung der Devisenzwangswirtschaft nicht möglich. Damit im engen Zusammenhang steht die Aufgabe der Stabilisierung der Währung und das Problem der Goldwährung überhaupt. Es kann nichts Durchgreifendes zur Beseitigung der Handelshemmnisse getan werden, wenn nicht vorher die Währungen wieder in Ordnung gebracht sind. Die amerikanische Regierung hat wiederholt eine Initiative zur Senkung der Einfuhrzölle angekündigt. Deutschland wird sich sicher einer solchen Initiative nicht entziehen. Das Ziel muß sein, die allgemeinen Zölle unter den Ländern auszugleichen.

Anders liegen die Dinge auf landwirtschaftlichem Gebiet. Einer der Hauptgründe für die Weltwirtschaftskonferenz liegt in der Ueberproduktion landwirtschaftlicher Waren. Die landwirtschaftlichen Exportländer können nicht erwarten, daß die Länder, deren Landwirtschaft in der Existenz bedroht ist, mit dem Abbau der Schutzmaßnahmen vorangehen. Deshalb verfolgt man in Deutschland mit besonderem Interesse den Plan der Vereinigten Staaten, die Beschränkung der Produktion an Getreide und andern Produkten durchzuführen. Norman Davis dürfte die Einladung Deutschlands zu einer Vorkonferenz für die Weltwirtschaftskonferenz in Washington mündlich noch einmal wiederholen. Man kann annehmen, daß die Reichsregierung diese Absicht unterstützen wird, da eine solche Vorkonferenz geeignet ist, die Lösung der großen Probleme vorzubereiten. Es dürfte allerdings kaum in Frage kommen, daß der Reichskanzler persönlich nach Washington geht. Eine gleichwertige Beschickung durch Deutschland ist deshalb nicht notwendig, weil bei den andern Ländern dafür in erster Linie die Tatsache maßgebend sein dürfte, daß auch die Schuldenfrage bei dieser Gelegenheit mitbehandelt werden soll.

Rückgang der Arbeitslosenziffer

× Berlin, 8. April

Die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes hat in der Zeit von Mitte bis Ende März so gute Fortschritte gemacht, daß die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen vom 16. bis 31. März um rund 387 000 zurückgegangen ist. Die Reichszahl der Arbeitslosen beträgt Ende März rund 5 598 000. Sie liegt damit schon um rund 449 000 oder 7,4 v. H. unter dem winterlichen Höchstpunkt, während im Vorjahr der Umschwung erst in der zweiten Märzhälfte einsetzte und bis Ende März eine Entlastung von nur 95 000 brachte.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ging in der Arbeitslosenversicherung auf rund 686 000, in der Krisenfürsorge auf rund 1 479 000 zurück. Anerkannte Wohlfahrtserwerbslose wurden Ende des Monats von den Arbeitsämtern rund 2 378 000 gezählt; ihre Zahl ist im Laufe des Monats um rund 183 000 gesunken. Im Freiwilligen Arbeitsdienst wurden rund 214 000 junge Deutsche beschäftigt.

•

Arbeitsbeschaffungsmittel für Ostpreußen

VDZ. Berlin, 8. April

Wie die Pressestelle des Arbeitsbeschaffungskommissariats mitteilt, ist der Provinz Ostpreußen aus Mitteln des Sofortprogramms ein Darlehnsbetrag von über vier Millionen Mark durch den Kreditausschuß der Rentenbankkreditanstalt zur Verfügung gestellt worden. Es ist beabsichtigt, in mehreren ostpreußischen Kreisen vornehmlich auf dem Gebiet des Wegebaues Arbeiten auszuführen, durch die u. a. bisher unwegsame Forstgebiete erschlossen werden sollen.